

FRANZ ZEILNER

**DIE KRISE DER EUROPÄISCHEN UNION (EU) MIT BEGINN
2008 UND MÖGLICHEN LÖSUNGSVERSUCHEN.
HEGEMONIEPROJEKTE IN DER KRISE.**

Paper, Jänner 2014

„DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT IST ALS EINZIGE DIREKT GEWÄHLTE INSTITUTION IN DER EU DIE VERTRETUNG DER BÜRGER/INNEN. EINE STARKE DEMOKRATISCHE LEGITIMIERUNG IST DAHER BESONDERS WICHTIG – D.H. EINE HOHE WAHLBETEILIGUNG.

INHALTSVERZEICHNIS

I. EINLEITUNG

II. HISTORISCHES ZUR EUROPÄISCHEN UNION (EU)

1. Abschnitte bis zur „Osterweiterung“

1.1. Der erste Ansatz 1922

1.2. Die Gründung des Europarates (Council of Europe) 1949

1.3. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG): Das Entstehen der Europäischen Gemeinschaften (EG)

1.4. Die Erweiterung der Europäischen Union

2. Das Inkrafttreten der Währungsunion 1999

3. Grundlegendes zu den EU-Konvergenzkriterien

4. Der Euro und die Eurozone

4.1. Der Euro

4.2. Die Eurozone

III. DIE EUROKRISE

1. Ursachen

2. Eine multiple Krise

3. Die Einleitung von Defizitverfahren

IV. HEGEMONIEPROJEKTE IN DER KRISE

1. Der Begriff Hegemonie

2. Das europäische Institutionengefüge in einer Hegemoniekrise

3. Die fünf Hegemonieprojekte in der Krise der Europäischen Union

3.1. Das neoliberale Hegemonieprojekt

3.2. Das national-soziale Hegemonieprojekt

3.3. Das national-konservative Hegemonieprojekt

3.4. Das Proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt

3.5. Das linksliberal-alternative Hegemonieprojekt

4 Das Vertrauen in die Europäische Union ist durch die Krise betroffen

V. DIE STRATEGISCHE NEUORIENTIERUNG IN DE KRISE DER EUROPÄISCHEN UNION

1. Eine Krise des neoliberalen Projektes

2. Die vier strategischen Suchprozesse innerhalb des bisherigen neoliberalen Hegemonieprojektes

VI. DIE DEMOKRATISCHE FRAGE

1. Die Demokratie wurde zur Disposition gestellt

2. Das Fehlen einer europäischen Zivilgesellschaft

3. Die Demokratie in Zeiten der Eurokrise: Politische Reaktionen von Vertretern der Politik

3.1. Diskussionsveranstaltung im österreichischen Parlament:

3.2. Reden bzw. Aussagen von Abgeordneten zum Thema (Auswahl):

VII. MASSNAHMEN GEGEN DIE EUROKRISE

- 1. Die Institutionen „European Financial Stability Facility“ (EFSF) und „European Financial Stabilisation Mechanism“ (EFSM).**
- 2. Maßnahmen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten**

VIII. EIN AUSBLICK

- 1. Die Ansichten von Viviane Reding und Olli Rehn zur Krise**
- 2. Die unterschiedlichen Wirtschaftsmodelle Europas werden durch eine Einheitswährung nicht harmonisiert**

2.1. Studie: Vergleich mit den USA

2.2. Förderprogramme zur Forcierung der Wirtschaft:

- 3. Die Vergabe von Firmenkrediten (Darlehen) durch Banken**
- 4. Die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014**

IX. ZUSAMMENFASSUNG, BEMERKUNGEN

X. VERWENDETE LITERATUR

I. EINLEITUNG

Die Inhalte der gegenständlichen Arbeit mit dem Titel „Die Krise der Europäischen Union (EU) mit Beginn 2008 und möglichen Lösungsversuchen. Hegemonieprojekte in der Krise“ sind für das Thema Europäische Union, die auch krisenanfällig ist, wesentlich. Das behandelte Thema ist sehr komplex und umfasst auch aktuelle Hegemonieprojekte, die strategische Neuorientierung in der Krise und die demokratische Frage im Kontext der Europäischen Integration.

Im historischen Rückblick betrachtet können die ersten Ansätze für ein gemeinsames Europa bereits 1922 festgestellt werden. Aus der Idee von Coudenhove-Kalergi entwickelte sich sehr viel in Richtung europäische Gemeinschaften bis zur Gründung der Europäischen Union (EU) und deren Weiterentwicklungen. Das betrifft vor allem auch Erweiterungen der EU, die seit deren Gründung erfolgt und weiterhin Thema sind. Bereits im Jahre 1999 trat die Währungsunion in Kraft und damit auch der Euro ins Leben. Parallel zur Währungsunion – weil die makroökonomischen Daten der einzelnen Teilnahmeländer sehr unterschiedlich waren – wurde ein Stabilitäts- und Wachstumspakt geschlossen. Hier verpflichteten sich die Vertragsstaaten ihre Schulden zu reduzieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Das ist in der Realität bei manchen Staaten aber nicht geschehen, es ergab allerdings keine Probleme solange der Euro stabil war. Auf dem internationalen Finanzmarkt wurden Darlehen aufgenommen, die dann von manchen Staaten nicht zurückgezahlt wurden, womit deren Schulden zunahmen. Als wesentliche Folge der dann eingetretenen Krise verstießen EU-Mitgliedstaaten auch gegen die Maastricht-Kriterien. Das tangiert das jährliche Haushaltsdefizit und die Gesamtverschuldung. Die EU-Konvergenz-kriterien hatten und haben jedoch das Ziel ausschließlich auf Stabilität zu setzen, sie sollen vor allem den wirtschaftlichen Zusammenhalt der Euroländer sichern. Die Geschichte der Europäischen Integration kann grundsätzlich als Erfolgsgeschichte gesehen werden, sie ist aber auch eine Geschichte unterschiedlicher Krisen. Das bedeutet, dass die Europäische Union auch krisenanfällig ist. Die aktuelle Krise in der Eurozone und das bisherige Krisenmanagement haben innerhalb der Gesellschaften, wie auch zwischen den Staaten der Europäischen Union, aber integrationsgeschichtlich beispiellose Spannungen und Konflikte hervorgebracht. Die Europäische Union steckt seit 2008 nicht nur in einer Wirtschafts- und Eurokrise bzw. in einer Schuldenkrise, sondern

auch in einer Vertrauenskrise. Autoren der Forschungsgruppe Europa bezeichnen sie auch als massive Vielfachkrise. Diese Krisen verstärken sich auch gegenseitig und betreffen die Euro-Krise, die Staatskrisen wie beispielsweise in Griechenland, den Legitimationsverlust der EU, die Krise des politischen Integrationsprozesses, das Nichtfunktionieren von Projekten und das Fehlen eines neuen attraktiven europäischen Projektes und wirken sich auf den europäischen Integrationsprozess und auf grundlegende Werte der Demokratie negativ aus. Die national eingefärbten Kontroversen um nachhaltige Gegenstrategien und die sozialen Verwerfungen in Krisenländern drohen nicht nur die Eurozone zu spalten sondern gefährden auch das Projekt eines vereinigten Europa. Der Protest gegen „Brüssel“ schlägt in manchen Ländern auch bereits in manifeste Tendenzen zur Rationalisierung um. Diese Entwicklung berührt zudem auch eine weitere wesentliche Krise, nämlich jene der Demokratie. Auch das Fehlen einer ausgeprägten europäischen Zivilgesellschaft macht die EU besonders anfällig für wirtschaftliche Krisen. Das inkludiert auch das Wir-Gefühl bzw. das Gefühl „Wir sind Europäer“, das vorhanden sein sollte. Dem stehen in der Gegenwart aber auch nationale Tendenzen entgegen. Die Eurokrise veranlasste die Vertreter der Mitgliedstaaten der EU bzw. die Regierenden bereits auch dazu, eine Phase der autoritären Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Fiskalpolitiken einzuleiten. Bisherige Integrationsschritte wie etwa der Fiskalpakt, das Europäische Semester oder auch die geplanten bilateralen Arrangements zwischen EU-Mitgliedsländern und der Europäischen Kommission brachten der Kommission einen Machtzuwachs, dagegen verloren die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament an Einfluss. Gerade jetzt ist eine breite öffentliche Debatte über alternative Vorschläge zur Zukunft Europas gefragt. Es ist eine Situation entstanden, die deutlich macht, dass die Europäische Einigung kein irreversibles Projekt ist und auch ein Auseinanderbrechen der Eurozonen nicht ausgeschlossen werden kann.

Die gegenständliche Arbeit behandelt die aktuelle Situation der sogenannten „Eurokrise“ und in diesem Kontext Grundlegendes zur Europäischen Union wie etwa die EU-Konvergenzkriterien usw. Schwerpunkte liegen in den Bereichen Hegemonieprojekte in der Krise, strategische Neuorientierung in der Krise der Europäischen Union, die demokratische Frage und Maßnahmen gegen die Eurokrise. Ein kurzer Ausblick rundet die gegenständliche Publikation ab.

II. HISTORISCHES ZUR EUROPÄISCHEN UNION (EU)

1. Abschnitte bis zur „Osterweiterung“

1.1. Der erste Ansatz 1922

1922 begannen die ersten Ansätze bzw. Überlegungen ein gemeinsames Europa zu schaffen. Der österreichisch-ungarische Schriftsteller Richard Coudenhove-Kalergi sah damals in der Gründung eines europäischen Staatenbundes die einzige Möglichkeit einen weiteren (Welt-) Krieg zu verhindern. 1922 wurde auch bereits die Paneuropa-Union gegründet* (Richter 1993; S 788 ff; vgl. auch „Die Paneuropäische Union“ in: Der Standard vom 16.August 2009).

*Die 1922 gegründete Paneuropa-Union ist die älteste noch existente europäische Einigungsbewegung. Diese Panbewegung hatte ihren historischen Sitz in der Wiener Hofburg, wo das Zentralbüro war. Im Sinne des europäischen Föderalismus tritt sie für ein politisch und wirtschaftlich geeintes, demokratisches und friedliches Europa auf Grundlage des christlich-abendländischen Wertefundaments ein (Richter 1993, S 788 ff; vgl. auch „Die Paneuropäische Union“ in: Der Standard vom 16.August 2009).

Aus dieser Idee von Coudenhove-Kalergi entstand dann 1923 die Pan-Europa-Bewegung. Massive politische Gegensätze nach dem Ersten Weltkrieg und der Beginn des Zweiten Weltkrieges standen dann aber diesen Überlegungen entgegen. Erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Idee eines gemeinsamen Europas wieder aufgegriffen. Im Jahre 1946 thematisierte beispielsweise der englische Premierminister Winston Churchill die „Vereinigten Staaten von Europa“. 1950 schlug dann der französische Außenminister Robert Schumann in einer seiner Reden eine wirtschaftliche Zusammenarbeit europäischer Staaten vor. Die Idee eines gemeinsamen Europas war auch geprägt von Überlegungen, mögliche zukünftige Kriege zwischen den europäischen Staaten zu verhindern. Das betraf damals nur „westliche“ Staaten, weil der Zusammenbruch des Kommunismus erst 1989 erfolgte

bzw. dann das Thema Osterweiterung relevant wurde* (Gutschner/Rohr 2008, S 74).

*Die Rede des französischen Außenministers Robert Schumann vom 9. Mai 1950 wird als „Geburtstag“ der Europäischen Union gesehen. Der 5. Mai wird auch jährlich als Europatag gefeiert (Gutschner/Rohr 2006, S 74)

1.2. Die Gründung des Europarates (Council of Europe) 1949:

Der Europarat ist eine 1949 durch den Vertrag von London gegründete europäische internationale Organisation europäischer Staaten. Der Rat, ein Forum für europäische und aussereuropäische Probleme, besteht aus dem Ministerkomitee, welches sich aus den Außenministern der Mitgliedstaaten zusammensetzt. Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Schweden waren damals die Staaten des Europarates mit Sitz in Strassburg (Keller 1999, S 1 ff).

1.3. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG): Das Entstehen der Europäischen Gemeinschaften (EG)

1951 wurde auf Initiative Frankreichs die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet. Damit erfolgte der erste Schritt zu einer wirtschaftlichen Vereinigung einiger europäischer Staaten. 1957 erfolgte dann der nächste Schritt mit dem Vertrag von Rom, Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten (Mitglieder der EGKS) gründeten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Diese europäischen Staaten beschlossen damals auch die gemeinsame Nutzung der Atomenergie (EURATOM): Im Jahre 1967 wurden dann die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die EURATOM zusammengelegt, damit entstanden die Europäischen Gemeinschaften. Wesentliches Ziel der Europäischen Gemeinschaften war es, einen freien Binnenmarkt der Mitgliedstaaten zu schaffen. Absicht war es auch, dass die EG vor allem weltweit mit den USA und Japan konkurrieren können. Es wurde auch vereinbart, dass nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Gemeinschaft bzw. Union geschaffen werden sollte. Das erfolgte mit dem Vertrag

von Maastricht der am 1. November 1992 in Kraft trat (Europäische Union, EU). (Gutschner/Rohr 2008, S 74).

Im Wesentlichen wurde in diesem Vertrag geregelt, dass sich EU-Bürger/innen im EU-Gebiet frei bewegen können, es sollte eine Wirtschafts- und Währungsunion geschaffen werden (Einführung einer gemeinsamen Währung: Euro), eine Europäische Zentralbank sollte errichtet werden, das Europäische Parlament sollte gestärkt werden, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sollte intensiviert werden. Ein Zeichen fortschreitender Einigung war dann die Einführung des Euro als alleiniges Zahlungsmittel im Jahr 2002, vorerst in zwölf Mitgliedstaaten. Nur Staaten die bestimmte Bedingungen erfüllen, können den Euro als Zahlungsmittel einführen (Gutschner/Rohr 2008, S 74 f).

2. Das Inkrafttreten der Währungsunion 1999

Die Währungsunion trat 1999 in Kraft und damit auch der Euro ins Leben. Die elf Staaten, die damals dieses gemeinsame Projekt starteten konnten aber nicht als optimaler Währungsraum gesehen werden. Der Zusammenschluss der nationalen Währungen zum Euro erfolgte nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern besonders auch aus politischen Gründen. Beispielsweise sollte der Euro auch dazu dienen, Deutschland verstärkt in die europäischen Strukturen einzubinden, das galt auch für andere Länder* (<http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/47840/einleitung>, S 1).

Europa galt viele Jahrzehnte lang als Erfolgsgeschichte. Die Europäische Union wurde sogar als Wegbereiterin des Friedens betrachtet, die Unionsbürgerschaft, die Währungsunion und der Europäische Gerichtshof galten als Beginn einer postnationalen Konstellation. Die Europäische Union sah man nicht nur als Voraussetzung für ein soziales Europa im Zeitalter der Globalisierung, sondern besonders auch als Möglichkeit zur Problemlösung (Buckel et al 2012, S 7; vgl. auch Habermas 2011, S 117 ff).

Die Währungsunion bzw. die europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist das Ergebnis einer fortschreitenden wirtschaftlichen Integration in der Europäischen Union die sich in drei Stufen entwickelte. Sie war und ist wesentlich, weil sie die Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik sowie die gemeinsame Währungspolitik regelt. Es wurde vorgesehen, dass letztendlich alle Mitgliedstaaten,

welche die Voraussetzungen erfüllen, den Euro als einheitliche Währung der Union einführen. Es wurde nur für das Vereinigte Königreich und Dänemark eine Ausnahmeregelung getroffen (Artikel 3 des Vertrages über die Europäische Union (EUV); Artikel 3,5,119,144,219 und 282 bis 284 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)).

Parallel zur Währungsunion wurde – weil die makroökonomischen Daten der einzelnen Teilnehmerländer sehr unterschiedlich waren - ein Stabilitäts- und Wachstumspakt geschlossen, in dem die Vertragsstaaten sich verpflichteten ihre Schulden zu reduzieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Das ist in der Realität dann aber nicht geschehen und ergab auch keinerlei Probleme solange der Euro stabil war. Dieser hatte phasenweise sogar eine starke Stellung gegenüber dem US-Dollar erreicht. Die Inflationsrate war niedrig sowie auch die Zinsen für Staatsanleihen, weshalb auf dem internationalen Finanzmarkt Darlehen aufgenommen wurden. Die meisten Staaten zahlten dann ihre Schulden aber nicht zurück, sondern vergrößerten diese noch (<http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/47840/einleitung>, S 1).

Als wesentliche Folge der dann eingetretenen Finanzkrise verstoßen derzeit mehrere EU-Mitgliedstaaten gegen die Maastricht-Kriterien. Das betrifft das jährliche Haushaltsdefizit aber auch die Gesamtverschuldung. Die EU-Konvergenzkriterien hatten und haben aber das Ziel ausschließlich auf Stabilität zu setzen. 1992 verpflichteten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Vertrag von Maastricht auch zur Einhaltung dieser Kriterien die folgend nun auch dargestellt werden (Weindl/ Woyke 1999, S 17).

3. Grundlegendes zu den EU-Konvergenzkriterien

Für die konkreten Teilnehmerstaaten erfolgte der Beitritt zur Eurozone unter gleichzeitigem Verzicht auf den autonomen Einsatz von Geld- und Wechselkurspolitik. Für die Eurokrise hat diese Tatsache jedenfalls zwei relevante Handlungseinschränkungen zur Folge:

- 1) Eine gemeinsame Währung entzieht den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, durch Geldpolitik asymmetrische makroökonomische Schocks zu vermindern. Wenn nur einige Mitgliedstaaten der Währungsunion von makroökonomischen Schocks

betroffen sind, ist eine nur diese Staaten betreffende expansive Geldpolitik nicht möglich.

2) Mit dem Beitritt haben die Teilnahmeländer darauf verzichtet, durch kompetitive Währungsabwertung ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern (Obstfeld/Rogoff 1996, S 633f)

Vor dem Beitritt zum Euroraum erfolgte auch eine „Konvergenzprüfung“, wodurch besonders gewährleistet werden sollte, dass die Bedeutung der beiden Problembereiche minimiert werden. Bereits vor Einführung der gemeinsamen Währung wurde ein Konvergenzprozess* verpflichtend, der eventuelle Notwendigkeiten zu asymmetrischer Reaktion beschränken sollte. Die Eurozone sollte damals dadurch forciert einem optimalen Währungsraum angenähert werden (Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 21.10.2004; vgl. auch Mundell 1961, S 657 ff).

*Bei Errichtung der EU-Konvergenzkriterien, die nach Meinung mancher Experten unzureichend sind, wurde auch übersehen, dass nicht nur der staatliche Sektor, sondern auch der private Sektor durch exzessive Verschuldung und Wettbewerbsverschlechterungen zum Problemfall werden kann (Buckel et al 2012, S 14 ff; vgl. auch Eichengreen 2012, S 2)

1992 haben sich, wie bereits erwähnt, die EU-Mitgliedstaaten durch den Vertrag von Maastricht gegenseitig erstmals zu den EU-Konvergenzkriterien bzw. den Maastricht-Kriterien*, die aus fiskalischen und monetären Vorgabewerten bestehen, verpflichtet (Weindl/Woyke 1999, S 12 ff; vgl. auch <http://de.wikipedia.org/wiki/EU-Konvergenz-kriterien>, S 1).

*Diese Kriterien haben unter anderem das Ziel, in der EU und insbesondere in der Eurozone eine Angleichung der Leistungsfähigkeit der einzelnen nationalen Wirtschaftsräume in der EU zu befördern und damit auch eine grundsätzliche wirtschaftliche Stabilität und Solidarität der EU zu gewährleisten. Die Mehrzahl der sogenannten Konvergenzkriterien sind in Art. 126 und Art. 140 AEU-Vertrag geregelt (Art. 126 und Art. 140 AEU-Vertrag).

Das sind konkret folgende Kriterien:

- Die Preisniveaustabilität: Die Inflationsrate darf nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten liegen
- Die Finanzlage der öffentlichen Hand: Der staatliche Schuldenstand darf nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandsprodukts betragen. Das jährliche Haushaltsdefizit darf nicht mehr als 3 % des Bruttoinlandsprodukts betragen.
- Die Wechselkursstabilität: Der Staat muss mindestens zwei Jahre lang ohne Abwertung am Wechselkursmechanismus II teilgenommen haben. Dabei darf die Währung des Landes nur in einer bestimmten Wechselkursbandbreite (meist 15 %) vom Eurokurs abweichen. Bei größeren Abweichungen muss die Zentralbank des Landes intervenieren.
- Langfristige Zinssätze: Der Zinssatz langfristiger Staatsanleihen darf nicht mehr als 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei preisstabilen Mitgliedstaaten liegen (Art. 126 AEU-Vertrag).

Im Bereich der Wissenschaft bzw. der Nationalökonomie ist es allerdings umstritten, ob diese Konvergenzkriterien auch tatsächlich geeignet sind, um den wirtschaftlichen Zusammenhalt der Euroländer zu gewährleisten. Die Theorie optimaler Währungsräume nimmt zusätzlich noch weitere Kriterien in den Fokus, wie etwa die Intensität des Handels zwischen den verschiedenen Staaten. Diese Konvergenzkriterien sehen

keinerlei gemeinschaftliche Konjunkturpolitik vor, sie zielen ausschließlich auf Stabilität ab (Art. 126 AEU-Vertrag; vgl. auch <http://de.wikipedia.org/wiki/EU-Konvergenz-kriterien>, S 1 ff).

Diese Thematik bzw. Problematik untersuchten auch die Ökonomen Kevin O'Rourke und Alan Taylor und publizierten das Ergebnis auch in einem Aufsatz im „Journal of Economic Perspectives“. Sie sehen in der Euro-Zone keinen einheitlichen Währungsraum, besonders weil die Konjunkturzyklen der einzelnen Wirtschaftsräume zu unterschiedlich sind. Für das Funktionieren einer gemeinsamen Währung über einen so großen Raum, müssten die Wirtschaftszyklen wie beispielsweise in den USA „Synchron“ verlaufen (<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de2013/08/24/studie-der-zerfall-der-euro-zon...>, S 1 ff; vgl. auch O'Rourke/Taylor, Journal of Economic Perspectives).

4. Der Euro und die Eurozone

4.1. Der Euro:

Gemäß Art. 3 Abs. 4 EUV ist der Euro die Währung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, eines in Art. 127-144 AEUV geregelten Politikbereichs der Europäischen Union (Art. 3 Abs. 4 EUV; Art. 127-144 AEUV).

Der Euro wird von der Europäischen Zentralbank emittiert und ist die offizielle Währung in jenen Mitgliedstaaten die zusammen die Eurozone bilden, sowie in weiteren europäischen Staaten. Am 1. Jänner 1999 wurde der Euro als Buchgeld, am 1. Jänner 2002 dann als Bargeld eingeführt. Er ist nach dem US-Dollar die bedeutendste Reservewährung der Welt. Die gemeinsame Währung hat in ihrer Gestaltung, ihrer Verwendung und den politischen Strategien auch eine eigene Geschichte. Die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission wachen gemeinsam darüber, dass der Euro seinen Wert und seine Stabilität behält (Art. 3 Abs. 4 EUV; Art. 127-144 AEUV).

4.2. Die Eurozone:

Der Begriff Eurozone ist in den Gründungsverträgen der Europäischen Union nicht vorhanden. Es ist aber für die Mitglieder der EU die Formulierung enthalten „Mitgliedstaaten deren Währung der Euro ist“ (Art. 136 ff. AEU-Vertrag).

Das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union verwendet die Begriffe Euro-Währungsgebiet oder Euroraum. Damit werden die am Euro teilnehmenden Länder als Ganzes bezeichnet. Im allgemeinen Sprachgebrauch hat sich vielfach aber die Bezeichnung Eurozone etabliert. Im weitesten Sinne wird Eurozone auch für alle Staaten verwendet, die den Euro nutzen. Diese Staaten müssen nicht Mitglied der Europäischen Union sein. Solche Staaten haben aber ein Währungsabkommen mit einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, sie können auch den Euro einseitig eingeführt haben oder den Kurs ihrer Währung an die Leitwährung Euro gekoppelt haben (Länder, Sprachen, Währungen, in: Internationale Regeln für Veröffentlichungen. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, S 1 ff).

Im engeren Sinn zählen zur Eurozone aber nur jene Mitgliedstaaten der EU, welche den Euro als Währung eingeführt haben. Für diese Staaten war es notwendig, dass

sie die EU-Konvergenzkriterien erfüllen. Am 1. Jänner 1999 – Einführung des Euro als Buchgeld - erfüllten diese Kriterien elf der damals fünfzehn EU-Mitgliedstaaten. (Länder, Sprachen, Währungen, in: Internationale Regeln für Veröffentlichungen. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, S 1 ff) . ,

III. DIE EUROKRISE

1. Ursachen

Vereinfacht dargestellt ist die Euro – Krise eine durch die Welt-Finanzkrise 2007/2008 verstärkte Haushalts- und Verschuldungskrise mehrerer Mitgliedstaaten der Eurozone. Grundlegende Ursachen liegen sicher auch in Konstruktionsfehlern der Währungsunion selbst. Das wird aber kontrovers diskutiert (<https://lobbypedia.de/wiki/eurokrise>, S 1).

Eine grundlegende Ursache ist auch, dass ein Währungsraum errichtet wurde und dadurch eine gemeinsame Geldpolitik erfolgt. Im Bereich der Wirtschafts- und Fiskalpolitik agiert aber jeder Staat selbstständig. Jeder Staat hat deshalb seine eigene Lohn- und Steuerpolitik wodurch es auch zu Unterschieden in der Lohnentwicklung kommt die bereits zu starken Leistungsbilanz Ungleichgewichten* im Euroraum geführt haben (Grunert 2011, S 1 ff).

*Leistungsbilanzdefizite führten auch zum Verlust der Kreditwürdigkeit der Defizitländer. Ein Leistungsbilanzdefizit wird grundsätzlich durch massive private Verschuldung von Unternehmen und Privathaushalten finanziert. Die private Verschuldung mündet wiederum in eine Verschuldung des Staates weil dieser für die Darlehen haftet. Besonders verschuldet sich der Staat durch Rettungsprogramme von Banken. In dieser Situation sind Spanien, Irland und Italien, die zwar vor der Finanzkrise 2007/2008 keine besonders hohe Staatsverschuldung hatten, jedoch aber eine kreditfinanzierte Immobilienblase (Grunert 2011, S 1 ff).

Akut wurde die Euro-Krise im Jahre 2010 mit der griechischen Finanzkrise. Damals legte Griechenland die tatsächliche Höhe seiner defizitären Haushaltslage und die Höhe der Verschuldung offen, konnte sich aber nicht mehr selbst bzw. aus eigener Kraft im notwendigen Ausmaß refinanzieren. Schulden bzw. Zinsen waren nicht mehr zu bewältigen. Es stiegen damals auch die Zinsen auf griechische Staatsanleihen im Zuge der Offenlegung rapide an. Neben Griechenland hatten auch Irland, Portugal,

Spanien und Italien hohe Haushaltsdefizite und Verschuldungsgrade und konnten sich kaum aus eigener Kraft am Kapitalmarkt finanzieren* (<http://lobbypedia.de/wiki/Eurokrise>, S 1).

*Diese Situation betreffend wurde die aktuelle Diskussion in den ersten Jahren der Eurokrise, vor allem deren Bewältigung, grundsätzlich kontrovers geführt. Überwiegend war und ist der Diskurs aber von einer einseitigen, allein auf Griechenland bezogenen Problemansicht geprägt. Nach dieser Ansicht waren (frühere) griechische Regierungen Schuld an dieser Situation, insbesondere weil sie Jahr für Jahr gegen die Defizitgrenzen des Stabilitätspaktes verstießen (Scharpf 2011, S 324 ff)..

Der drohende Staatsbankrott Griechenlands hätte den Euro gefährdet und möglicherweise negative Auswirkungen auf die Europäische Union gehabt, weshalb Griechenland (später auch noch Irland und Portugal) durch Garantien und verbilligte Kredite des europäischen Rettungsschirmes „gerettet“ werden mussten. Die Krisenländer mussten drakonische Sanierungspläne akzeptieren die von einer „Troika“ aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds definiert und im Vollzug überwacht werden (Scharpf 2011, S 324 ff).

2. Eine multiple Krise

Die Eurokrise ist eine multiple Krise. Sie ist nun eine bereits seit dem Jahre 2008 andauernde Krise innerhalb der Eurozone. Sie weist gleichzeitig Aspekte einer Staatsschuldenkrise, einer Bankenkrise bzw. Finanzkrise und einer Wirtschaftskrise auf (Buckel et al 2012, S 7 ff; vgl. auch <http://de.wikipedia.org/wiki/Eurokrise>, S 1).

Mit der im Jahre 2008 beginnenden Eurokrise sind besonders auch drei große Ungleichgewichte im Euroraum, die sich in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion aufgebaut haben, akut geworden. Das sind erstens eine divergierende Wettbewerbsfähigkeit und eine Tendenz zu Zahlungsbilanzungleichgewichten, zweitens ein zu gering kapitalisierter und wenig krisenrobuster Bankensektor und drittens Überschuldung im öffentlichen und in einigen Ländern auch im privaten Sektor. Die drei Probleme verstärken sich durch die wechselseitigen Abhängigkeiten und haben bereits auch zu einer Vertrauenskrise im Bereich der Europäischen Union, vor allem aber auch zu vielen öffentlichen Diskussionen geführt (Keuschnigg et al 2012, S 1 f).

Im Bereich der wissenschaftlichen Diskussion ist die Gewichtung der unterschiedlichen Krisenfaktoren wesentliches Thema, das wird aber kontrovers diskutiert. Die im Bereich der Nationalökonomie konventionelle Erklärung für die Ursachen der Eurokrise ist hier zumindest zweiseitig. Die Eurokrise wird auf wirtschaftlicher Seite als Währungskrise* der ersten Generation interpretiert. Die wesentliche Begründung dafür ist, dass in einigen Ländern der Europäischen Union eine vermehrte staatliche bzw. private Kreditaufnahme zu relativ höherer Inflation als in anderen Ländern der Europäischen Union geführt hat (<http://de.wikipedia.org/wiki/Eurokrise>, S 2).

*Aufgrund der Euro-Währungsunion war ein Ausgleich der unterschiedlichen Preisentwicklungen durch die natürliche Wechselkurskorrektur nicht möglich. Dadurch kam es in einigen Euro-Ländern zu anhaltend hohen Leistungsbilanzdefiziten, bei anderen dagegen zu anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschüssen. D.h., es traten makroökonomische Ungleichgewichte auf (<http://de.wikipedia.org/wiki/Eurokrise>, S 2).

Auf politischer Seite führte die Euro-Währungsunion dazu, dass einzelstaatliche Geldpolitik nicht möglich ist. Grundsätzlich sei deshalb als schnelle Reaktion auf Wirtschaftskrisen nur das Instrument der Fiskalpolitik vorhanden. Fiskalpolitik belastet aber jedenfalls den Staatshaushalt stärker als Geldpolitik (<http://de.wikipedia.org/wiki/Eurokrise>, S 2 f).

Zudem sahen Experten als weitere Ursache für die Euro-Krise, dass durch den Wegfall der Wechselkursunsicherheit aufgrund der Euro-Währungsunion die Zinsen in Euro-Ländern mit traditionell höherer Inflation stark sanken* (Boyer 2013, S 533 ff vgl. auch <http://de.wikipedia.org/wiki/Eurokrise>, S 3).

*Dies verursachte eine gesteigertes Kreditaufnahme- und Investitionsverhalten. Begünstigt wurde diese Situation auch durch mangelhafte Banken- und Kapitalmarktregulierung, wodurch sogenannte „Wirtschaftsblasen“ entstanden deren Platzen die Konjunkturprogramme und Rettungsmaßnahmen auslösten (Boyer 2013, S 533 ff).

3. Die Einleitung von Defizitverfahren

Die ab dem Jahre 2007/2008 beginnende Finanzkrise mit ihren direkten Kosten sowie die dadurch bewirkten Verwerfungen führte in der Europäischen Union dann zu sogenannten „Defizitverfahren.“ Die EU-Kommission kündigte bereits im Februar

2009 die Einleitung von Defizitverfahren gegen die fünf Euro-Länder Frankreich, Spanien, Irland, Griechenland und Malta und gegen das Nicht-Euro Land Lettland an. Die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes erfüllte aber auch das Nicht-Euro-Land Großbritannien nicht. 2009 folgten Defizitverfahren gegen Polen, Rumänien und Litauen und die Verlängerung für Ungarn. Ebenfalls 2009 wurden weitere Defizitverfahren eröffnet wovon auch Österreich betroffen war. Neben Österreich auch noch gegen Deutschland, Belgien, Italien, die Niederlande, Portugal, die Slowakei, Slowenien und Tschechien. Infolge der Finanzkrise hatten damals 20 der insgesamt 27 Mitgliedstaaten der EU die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht erfüllt (http://de.wikipedia.org/wiki/Stabilitäts-und_Wachstumspakt, S 1 ff).

IV. HEGEMONIEPROJEKTE IN DER KRISE

1. Der Begriff Hegemonie

Im Bereich der Wissenschaften, hier vor allem in der politikwissenschaftlichen Forschung, wird der Begriff „Hegemonie“ unterschiedlich definiert und verwendet. Vielfach wird darunter aber die Vormachtstellung eines Staates verstanden, aktuell auch im Kontext der globalen Weltordnung. Es ist aber sicher vorteilhaft sich auf einen differenzierten Hegemoniebegriff unter Einbeziehung ökonomischer, politischer, rechtlicher und kultureller Aspekte zu beziehen, insbesondere im Kontext von Analysen multipler Krisenparameter bzw. Krisenphänomene in den Mitgliedsländern der Europäischen Union* (Gramsci 1991, S 120; GH 1 120).

*Die Hegemoniekrise innerhalb der Europäischen Union kann an mehreren Parametern festgemacht werden, beispielsweise auch wenn zwei bedeutende juristische Institutionen, sich gegenseitig ihr Macht streitig machen, über einen konkreten Rechtsfall zu entscheiden (Gramsci 1991, S 120; GH 1 120).

2. Das europäische Institutionengefüge in einer Hegemoniekrise

Dass sich das europäische Institutionengefüge in einer Hegemoniekrise befindet ist vielfach Expert/innenmeinung, wird aber kontrovers diskutiert. Bereits Antonio Gramsci stellte fest, dass Hegemoniekrise durch eine Neuzusammensetzung des

„dialektischen Verhältnisses von Zwang und Konsens“ entstehen. Er sah die „normale“ Ausübung der Hegemonie auf dem klassisch gewordenen Feld des parlamentarischen Regimes ausgezeichnet durch eine Kombination von Zwang und Konsens, ohne dass der Zwang den Konsens zu sehr überwiegt, sondern im Gegenteil vom Konsens der Mehrheit, wie er in den sogenannten Organen der öffentlichen Meinung zum Ausdruck kommt, getragen werde (Gramsci 1991, S 120; GH 1 120).

Gegenwärtig fehlt es vielfach aber an diesem Konsens. Verfolgt man den Verlauf der aktuellen Krise in Europa wird erkennbar, dass die hegemoniale Phase des Neoliberalismus bereits auch im imperialen Zentrum an ihr Ende zu kommen scheint. Um die herrschenden Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten soll Zwang auch ein Mittel sein um notfalls die fehlende Zustimmung zu ersetzen. Bisher erfolgte die Durchsetzung von Projekten des Neoliberalismus (der Binnenmarkt und die Währungsunion) im Rahmen der Europäischen Union auf Konsens, sie haben nun an Zustimmung verloren. Die vorhandene große Krise lässt auch die imaginären Bilder des Neoliberalismus verblassen (<http://arranca.org/ausgabe/46/die-neuzusammensetzung-von-zwang-und-konsens-in-d...>, S 1).

3. Die fünf Hegemonieprojekte in der Krise der Europäischen Union

Grundsätzlich können fünf Hegemonieprojekte in der Krise der Europäischen Union festgelegt werden. Das sind das neoliberale Hegemonieprojekt, das national-soziale Hegemonieprojekt, das national-konservative Hegemonieprojekt, das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt und das linksliberal-alternative Hegemonieprojekt. Alle diese Hegemonieprojekte stehen im wissenschaftlichen Diskurs bzw. im Konflikt um die Europäische Integration (Buckel et al 2012, S 24 ff).

3.1. Das neoliberale Hegemonieprojekt:

Die Autoren gingen davon aus, dass es grundsätzlich möglich ist, ein über längere Zeit relativ stabiles neoliberales Projekt zu identifizieren. In diesem Hegemonieprojekt war es grundlegende Strategie, die auch bis zum Ausbruch der Krise 2008 zentral blieb, den wettbewerbsstaatlichen Umbau vieler gesellschaftlicher Bereiche* und aller staatlichen Aufgaben zu betreiben (Buckel et al 2012, S 25 f).

Zu diesen gesellschaftlichen Bereichen zählt auch der Agrarbereich. Es wurde hier aber verabsäumt, so Expert/innen, produktionssteuernde Instrumente einzuführen. Ideologische Differenzen verschärften sich hier im Laufe der Jahre, so dass bereits in den 1980er Jahren drei unterschiedliche ideologische Lager erkennbar waren. Das waren die überzeugten Neoliberalen, die verdeckten Neoliberalen und die Marktregulierer (Choplin et al 2011, S 41).

*Die überzeugten Neoliberalen vertreten die Ansicht, dass dort produziert werden soll, wo es am billigsten ist. Der Marktmechanismus und die freie Konkurrenz stellen sicher, dass es zu einem maximalen Wohlstand der Bevölkerung kommen wird. Liberalisierung bedeutet hier, dass der Staat so wenig als möglich eingreifen soll. Das entsprach besonders den Interessen von Import-Export-Unternehmen. Die verdeckten Neoliberalen vertreten ähnliche Ideologien, sie befürworten aber eine starke Einmischung des Staates. Besonders soll die Modernisierung von Strukturen und Techniken staatlich gefördert werden (Choplin et al 2011, S 41).

Der Hauptkontext war und ist hier das politische Projekt des Binnenmarktes, dessen vier Grundfreiheiten die Grundlage ist. Adressaten der Grundfreiheiten sind hauptsächlich die Mitgliedstaaten (Buckel et al 2012, S 25 f).

Der Europäische Binnenmarkt wird aber nicht alleine durch die genannten vier Grundfreiheiten vollendet. Diesbezüglich wurden auf europäischer Ebene auch bereits verschiedene Maßnahmen gesetzt (Europäischer Binnenmarkt-Wikipedia).

Die Flexibilisierung von Produktions- und Arbeitsverhältnissen, die Finanzialisierung der Ökonomie und der Abbau staatlicher Regelungen waren die politischen Leitlinien des Binnenmarktes*. Es ging hier im Wesentlichen um die Internationalisierung von Kapital, Handel, Produktions- und Versorgungsketten und auch um die Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit im Kontext einer neokolonialen internationalen Arbeitsteilung, die von der Ausnutzung von Niedriglohnssektoren profitierte (Buckel et al 2012, S 25).

*Soziale Basis dieses Projekts sind die Schlüsselsektoren des globalisierten, postfordistischen Akkumulationsregimes (Buckel et al 2012, S 25).

Dieses Hegemonieprojekt wird getragen von den Schlüsselbranchen des gegenwärtigen Akkumulationsregimes, den transnationalen Industriekonzernen* und der Finanzindustrie, die gleichzeitig auch auf ideologisch-diskursiver Ebene eine

Dominanz aufweisen. Think Tanks sind hier wesentlich sowie auch die neoklassisch dominierten Wirtschaftswissenschaften (Buckel et al 2012, S 24).

*Der Umsatz transnationaler Konzerne entspricht etwa dem Bruttosozialprodukt mittlerer Volkswirtschaften. Grundsätzlich werden auch Milliarden Gewinne in extensive Lobbyisten Netzwerke investiert wodurch staatliche politische Entscheidungen beeinflusst werden können (Buckel et al 2012, S 25 f).

Die vorhandenen Ressourcen des neoliberalen Hegemonieprojektes zur Zielerreichung sind sehr hoch. Aufgrund dessen und der politischen Stellung sind die Akteur/innen auch in der Lage eine „systemrelevante Leistungsverweigerung wirkungsvoll anzudrohen“. Das bedeutet beispielsweise auch Entscheidungen und Investitionen von der Akzeptanz ihrer Forderungen abhängig zu machen. Zudem verfügen sie auch über große materielle Ressourcen (Buckel et al 2012, S 25).

3.2. Das national-soziale Hegemonieprojekt:

Bei diesem Hegemonieprojekt steht sozialer Ausgleich und soziale Umverteilung im Mittelpunkt der politischen Strategie. Das europäische Sozialmodell, das hier keine gesamteuropäische Perspektive verfolgt, steht im Mittelpunkt. Bestehende nationale Systeme sollen aufrecht bleiben und sozialpolitische Errungenschaften geschützt werden*. Hauptargument dafür ist der existente neoliberale Globalisierungsdruck. Man vertritt die Ansicht, dass eine Strategie der Europäisierung kaum Aussicht auf Erfolg hat (Buckel et al 2012, S 26).

*Schwerpunkte dieses Projekts sind der nationale Wohlfahrtsstaat, die nationale Arbeitsgesetzgebung, die staatliche Unterstützung einheimischer Unternehmen, korporatistische Strukturen usw. (Buckel et al 2012, S 26).

Die mit dieser Thematik befasste gegenständliche Forschungsgruppe vertritt zudem auch die Ansicht, dass die sozialstrukturelle Basis dieses Projekts in den Resten des hegemonialen Blocks der fordistischen Produktions- und Lebensweise liegt (Buckel et al 2012, S 26).

Diese fordistische Produktions- und Lebensweise* war für Jahrzehnte dominierend. Im Fordismus hatten die Arbeiter/innen, die mit vielen ihrer Kolleg/innen in großen Gruppen arbeiteten, nur geringe Qualifikationen benötigt. Dies führte aber auch

dazu, dass untereinander die Solidarität bzw. der Zusammenhalt gestärkt wurde (<http://de.wikipedia.org/wiki/Postfordismus>, S 1).

*Der Postfordismus löste dann in den 1970er Jahren den Fordismus ab, der sich als bestimmende Wirtschaftsform im Kapitalismus durchgesetzt hatte. Im Bereich der Politikwissenschaft geht man davon aus, dass der Fordismus nicht in der Lage war, seine Produktionsreserven auszuschöpfen. Begründet wird dies damit, dass der Fordismus nach seiner Durchsetzung in der Triade (Nordamerika, Westeuropa, Japan) nicht mehr fähig war, die Hegemonie der USA, als treibende Kraft des westlichen Kapitalismus, auf Dauer zu sichern (<http://de.wikipedia.org/wiki/Postfordismus>, S 1 f).

Im Fordismus nach tayloristischer Prägung war das Produktionswissen in der Maschine die von Arbeiter/innen nur bedient wurde, eingebaut. Die Maschine war sozusagen nur das Investitionsobjekt, welchem mechanisch das Wissen* um die Produktion eingeschrieben war (<http://de.wikipedia.org/wiki/Postfordismus>, S 2).

*In modernen Produktionsprozessen und unter dem grundsätzlich schnellen Wechsel der Produktionszyklen ist der Wert um das Wissen – in unserer Wissensgesellschaft - zur Herstellung der Produktionsmittel nun von größerem Wert als die Produktionsmittel selbst (<http://de.wikipedia.org/wiki/Postfordismus>, S 2).

3.3. Das national-konservative Hegemonieprojekt:

Dieses Hegemonieprojekt befürwortet ein Europa der souveränen Nationen. Grundlegender Bezugspunkt ist die Nation selbst und wird als Selbstzweck und als Eigenwert gesehen. Im Unterschied dazu sieht das national-soziale Projekt eine Solidargemeinschaft. Kleine und mittelständische Sektoren und Unternehmen bilden hier die Basis, die Mitarbeiter/innen bilden auch die politische Landschaft (Buckel et al 2012, S 27).

Die Ressourcen dieses Projektes liegen besonders in der Verankerung in einem nationalen, konservativen Milieu und der Fähigkeit, dieses über rechtspopulistische Kampagnen, Wahlkämpfe, Debatten usw. zu mobilisieren. Zudem sind auch ökonomische Ressourcen vorhanden bzw. wesentlich wie etwa die direkte Unterstützung von regional und national ausgerichteten Kapitalfraktionen. Dieses Projekt geht aber auch in vielen Ländern im Rahmen konservativer Parteien und Stiftungen Bündnisse

mit Akteuren des neoliberalen Hegemonie-projektes ein und profitiert auch von deren Ressourcen* (Buckel et al 2012, S 28).

*Beispielsweise haben die drei konservativen Parteien der EU, Deutschland (CDU/CSU), Großbritannien (Conservative Party) und Spanien (Partido Popular) jeweils neoliberal ausgerichtete Wirtschaftsflügel und stärker national-konservative Strömungen, sie haben auch wichtige Ressourcen diesbezüglich zur Verfügung (CDU/CSU; Conservative Party; Partido Popular).

3.4. Das Proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt:

Akteur/innen dieses Projektes verfolgen eine Strategie die auf Rettung des europäischen Sozialmodells durch eine gesamteuropäische Sozialpolitik gerichtet ist. Dieses Projekt, das weniger Gewicht auf den Nationalstaat legt, ist in der Suche nach sozialem Ausgleich dem national-sozialen Hegemonieprojekt ähnlich. Die Grundannahme lautet: Die Krise des Wohlfahrtsstaates im Kontext neoliberaler Globalisierungsprozesse kann nur durch eine Europäisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik und einer europäischen Tarifpolitik begegnet werden (Buckel et al 2012, S 28).

Das zentrale Argument lautet: Wenn sich Kapitalakteure internationalisieren und politische und ökonomische Prozesse bereits auf Scales oberhalb des Nationalstaates stattfinden, dann könne eine sozial ausgleichende Politik sich nicht auf die nationale Ebene beschränken. Zu den Argumenten gehört auch die Stärkung der europäischen Wirtschaft und ihrer Institutionen zu unterstützen. Dadurch soll in der geopolitischen Konkurrenz zwischen Europa, USA und Asien eine bessere Position erreicht werden und so die Voraussetzungen für Erhaltung und Ausbau des europäischen Sozialmodells gesichert werden* (Buckel et al 2012, S 28).

*Seit der Krise des Fordismus ist die soziostrukturelle Positionierung dieses Projekts aber durch die Schwächung der organisierten Arbeiter/innen gekennzeichnet. Faktum ist, dass sich die EU-Arbeitgeberverbände weigern Koordinierungsregeln für Lohnpolitik einzuführen und die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse in den nationalen Gesellschaften negative Auswirkungen haben. Viele Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten verbleiben auf der nationalen Ebene. Wesentlich ist auch, dass die Ressourcen des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts dadurch begrenzt sind, weil Akteure und Fraktionen noch zu unverbunden sind. Eine europäische Zivilgesellschaft mit europäischer Öffentlichkeit ist kaum vorhanden (Buckel et al 2012, S 29).

3.5. Das linksliberal-alternative Hegemonieprojekt:

Bei diesem Projekt ist ein liberaler normativer und politischer Citizenship Ansatz, der Träger eines politischen Liberalismus ist, wesentlich. Dieser Liberalismus umfasst Toleranz mit Menschen- und Bürger/innenrechten, mit Minderheitenrechten und sozialem Ausgleich. Die Autoren vertreten hier die Ansicht, dass sich in diesem Hegemonieprojekt die Ziele jener zivilgesellschaftlichen Kräfte verdichten, die nicht primär an ökonomischen Fragen im engeren Sinn ansetzen. Akteur/innen kommen aus der Richtung des politischen Liberalismus und der neuen Linken* (Buckel et al 2012, S 29f).

*Viele davon kommen aus der dritten Welle der Frauenbewegung und setzen sich beispielsweise für Antirassismus, für Umweltschutz und die Rechte von Kindern, alten Menschen usw. ein. Die wesentliche soziale Basis dieses Projektes kommt von den Grünen. Vertreten wird eine ausgesprochen proeuropäische Strategie, die EU wird als Konstellation postnationaler Bürger/innenschaft gesehen. Über europäische Richtlinien wird beispielsweise versucht progressive Veränderungen durchzusetzen, die auf nationaler Ebene nicht möglich wären (Buckel et al 2012, S 30).

Die ökonomischen Ressourcen sind im Vergleich mit anderen Projekten aber schwach. Besondere Ressourcen liegen im hohen sozialen und kulturellen Kapital der Akteur/innen und auch in der Unterstützung aus diesem Bereich wie etwa der Wissenschaft usw. (Buckel et al 2012, S 30).

4 Das Vertrauen in die Europäische Union ist durch die Krise betroffen

Auch das Vertrauen in die Europäische Union ist durch die Krise betroffen. Ursachen eines allgemeinen Vertrauensverlustes in die Politik sind insbesondere im Krisenmanagement der vergangenen Jahre begründet. Vor allem hat die Eurokrise und Reaktionen der Politik auf diese das Vertrauen vieler Menschen in die gemeinsame Währung negativ beeinflusst. Dazu haben auch die Bankenrettungspakete und die sinkenden Einnahmen durch die Rezession beigetragen. Sie haben Schuldenstände explodieren lassen und damit auch die Spielräume für materielle Zugeständnisse erheblich reduziert.

Die Subalternen der EU-Mitgliedstaaten sind nun auch im Fokus von Austeritäts- bzw. Sparprogrammen, welche durch das europäische Institutionengefüge verordnet wurden (<http://arranca.org/ausgabe/46/die-neuzusammensetzung-von-zwang-und-konsens-in-d...>, S 2).

Diese Maßnahmen und Projekte haben Auswirkungen auf das Vertrauen der Bevölkerung in die Europäische Union. Das steht auch in Zusammenhang damit, dass die Eurokrise viel umfassender ist als nur eine Staatsschuldenkrise. Eine Staatsschuldenkrise kann grundsätzlich mittels kurzfristiger Rettungsmechanismen, mittelfristiger Sparmassnahmen und langfristiger Strukturreformen bewältigt werden. Die gegenwärtige Krise ist auch eine Vertrauenskrise in die Politik, vor allem in den Euro als gemeinsame Währung* (Heinen 2012, S 1 ff).

*Dass die Eurokrise auch eine Vertrauenskrise ist kann durch Ergebnisse von Umfragen, wie beispielsweise durch jene des Bankenverbandes, wo 91 % der Befragten angaben nicht daran zu glauben, dass die Staatsverschuldung in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren sinken werde (Bankenverband 2012).

Vor allem kann eine Vertrauenskrise auch durch das Eurobarometer belegt werden. Im Jahre 2012 zeigt Eurobarometer, dass 59 % der deutschen Bevölkerung europäischen Institutionen misstrauen (EU 57 %). Ein Vergleich mit dem Jahre 2007 zeigt den Trend auf, hier waren es 36 % (EU 32 %) (Eurobarometer 2007/2012).

Im letzten erschienenen ARD-Deutschland-Trend gaben 75 % der befragten Personen an, dass sie glauben, der schlimmste Teil der Eurokrise stehe noch bevor. Besondere Sorgen zeigten sie bezüglich ihrer Ersparnisse, das gaben damals 75 % der Befragten an (Infratest –Dimap 2013).

V. DIE STRATEGISCHE NEUORIENTIERUNG IN DER KRISE DER EUROPÄISCHEN UNION

1. Eine Krise des neoliberalen Projektes

Die aktuelle Krise der Europäischen Union stellt sich hegemonietheoretisch gesehen als Krise des neoliberalen Projekts dar. Wesentlich ist hier die einseitig ökonomische Integrationsweise der EU. Diese fokussiert auf die ökonomische Vergemeinschaftung

über Binnenmarkt, Währungsunion und Austeritätspolitiken gemäß den Maastricht-Kriterien und auch auf die periphere Integration Osteuropas (Forschungsprojekt „Staatsprojekt Europa“ 2012, S 30).

Die Maastricht-Kriterien bzw. die Konvergenzkriterien wurden im Vertrag von Maastricht festgelegt. Demnach kann ein Staat nur an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen, wenn er die fiskalischen und monetären Maastricht Kriterien* erfüllt (Statistik Austria – Maastricht-Indikatoren).

*Folgende fiskalische Maastricht Kriterien sind zu erreichen: Das öffentliche Defizit darf 3% des Brutto-Inlandsproduktes (BIP) nicht übersteigen. Der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60 % des BIP erreichen. Folgende monetären Maastricht – Kriterien sind zu erreichen: Die nationale Inflationsrate darf maximal eineinhalb (1,5) Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten EU-Staaten liegen. Der langfristige Zinssatz darf höchstens zwei (2) Prozentpunkte höher als in den preisstabilsten EU-Staaten liegen (Statistik Austria-Maastricht-Indikatoren).

Gleichzeitig mit diesen Zielen wurde aber die Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht in derselben Weise auf die Europäische Ebene verlagert. Daher ist die EU gegenwärtig auch institutionell nicht in der Lage durch makroökonomische Steuerungs- und Ausgleichsmechanismen auf die Staatsschuldenkrise der Mitgliedstaaten zielführend zu reagieren. Die neoliberale Politik ist auch gegenwärtig im Bereich der EU aktuell. Es ist aber hier zu beachten, dass gesellschaftliche Konflikte zunehmen und auch die Bereitschaft vorhanden ist Elemente neoliberaler Krisenlösungsstrategien auch autoritär gegen die Bevölkerungen durchzusetzen (Buckel et al 2012, S 30f).

2. Die vier strategischen Suchprozesse innerhalb des bisherigen neoliberalen Hegemonieprojektes

1) Besonders verfolgen die starken neoliberalen Strömungen der europäischen sozialdemokratischen Parteien nach wie vor eine proeuropäisch-neoliberale Strategie. Ein Beispiel dafür ist bzw. war Peer Steinbrück (Buckel et al 2012, S 31).

Diese proeuropäisch-neoliberale Strategie steht momentan aber vor der Situation, dass die gegenwärtige Krise die europäische Integration auch in der Richtung beeinträchtigt hat, dass der Nationalismus in Europa grundsätzlich zunimmt (<http://www.bpb.de/apuz/154378/halbe-hegemonie-das-deutsche-dilemma?p=all>, S 3).

Konkrete Entwicklungen sind hier aber noch nicht vorhersehbar. Die Strategie der Regulierung ist bei diesen Strömungen wesentlich. Sie verbindet sich mit Strategien der Versicherungsbranchen und der Vermögensbesitzer, die besonders den Zerfall des Euro verhindern wollen. Um die Gemeinschaftswährung zu erhalten verfolgen die Akteur/innen die Strategie, neue europäische Institutionen zu etablieren. Das wären beispielsweise eine Wirtschaftsregierung, ein europäisches Finanzministerium oder ein ausgebauter europäischer Rettungsschirm oder auch ein europäischer Währungsfonds. Eurobonds* stehen hier nicht zur Diskussion (Buckel et al 2012, S 32).

*Eurobonds stehen in keinem Zusammenhang mit der europäischen Gemeinschaftswährung Euro. Es sind Anleihen mittlerer und längerer Laufzeit, die für den internationalen Kapitalmarkt (Euromarkt) errichtet wurden. Sie werden aber von einem anderen Land emittiert als jenem Land, aus dem die konkrete Währung stammt. In der diese aufgelegt werden. Die Emission von Eurobonds erfolgt grundsätzlich in Form von Inhaberschuldverschreibungen durch internationale Bankkonsortien. Die gängigsten Anleihewährungen sind der US-Dollar, der Yen, Schweizer Franken, Pfund Sterling, sowie auch der Euro. Schuldner sind private Unternehmen von hoher Bonität, Staaten usw. ([http://de.wikipedia.org/wiki/Eurobond_\(Euromarkt-Anleihe\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Eurobond_(Euromarkt-Anleihe))), S 1).

2) Die autoritär-neoliberale Strategie wird besonders von der deutschen Exportindustrie und von transnationalen Konzernen verfolgt. Sie sind zudem auch im European Round Table of Industrialists und Business Europe organisiert. Der Binnenmarkt ist das entscheidende politische Projekt. Eurobonds werden hier befürwortet. Diese Strategie versucht das alte neoliberale Projekt, den „disziplinierenden Neoliberalismus“ zu retten (Gill 1998, S 1 ff).

Der „disziplinierende Neoliberalismus“ unterwirft aber zunehmend viele Bereiche des Lebens der Marktdisziplin. Auf politisch – institutioneller Ebene wird dieser disziplinierende Neoliberalismus durch einen neuen Konstitutionalismus, der versucht politische Entscheidungen zu entdemokratisieren und eine neue neoliberale Politik durch internationale Abkommen zu zementieren, durch einen neuen Konstitutionalismus verankert. Ein wesentliches Beispiel dafür ist das bei den EU-Konvergenzkriterien bereits dargestellte Maastricht Kriterium. Damit werden nationale Regierungen zu fiskalischer Disziplin gezwungen und auch eine alternative Wirtschaftspolitik beinahe unmöglich gemacht (Neogramscianismus-Wikipedia; vgl. auch <http://de.wikipedia.org/wiki/Neogramscianismus>, S 3).

3) Die national-neoliberale Strategie wird grundsätzlich verfolgt von Österreich, Deutschland, Finnland und den Niederlanden, sie sind Gegner bzw. radikale Ablehner proeuropäischer Krisenlösungen. Sie sind gegen jede Form von Eurobonds und gegen eine expansive Geldpolitik der EZB (Buckel et al 2012, S 30 ff).

4) Die Strategie der peripheren Statthalter ist die Position der Regierungen in Staaten im Bereich der europäischen Peripherie. Dazu zählen Spanien, Portugal, Italien, Irland und Griechenland. Sie implementieren unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit seit langem neoliberale Politiken. Sie sind mittlerweile aber durch ihre Notlage in eine politische Abhängigkeit von den beiden großen Mitgliedstaaten Frankreich und Deutschland geraten (Buckel et al 2012, S 30 ff).

VI. DIE DEMOKRATISCHE FRAGE

1. Die Demokratie wurde zur Disposition gestellt

Die Finanzinstitutionen Europäische Zentralbank (EZB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) stehen ausserhalb jedes Einflussbereiches demokratischer Wahlen. Sie werden im Kontext der Rettungspolitik jedoch zu konkreten Akteuren innenpolitischer Maßnahmen. Die beiden anderen beteiligten Institutionen sind nur indirekt demokratisch legitimiert, sie werden von gewählten Regierungen entsandt. Die Regierungen der Euroländer beschlossen die verschuldeten Staaten durch Gewährung von Krediten (Darlehen) vor „Zahlungsunfähigkeit oder auch vor einem eventuellen Ausstieg zu bewahren. Dazu musste die „Nichtbeistandsklausel“ – welche die Haftung für Schulden einzelner Mitgliedstaaten ausschließt - außer Kraft gesetzt werden* (Art. 125 AEU-Vertrag).

*Im Memorandum of understanding wurde festgehalten, daß die Kreditnehmer bzw. die Schuldenländer zu Sparmaßnahmen verpflichtet werden (Memorandum of understanding).

Zusammengefasst haben die Euroländer konkrete innenpolitische Bereiche in die Sphäre des europäischen Projekts gegeben. Als eine Folge muss im Schuldenfall jeder Mitgliedstaat Sparmaßnahmen ergreifen, für einen Ausstieg aus dem Euro gibt es keine Regelung. Dafür ist aber keine demokratische Basis vorhanden. Mehr

Demokratie bzw. mehr Freiheit für die Mitgliedstaaten der EU zur Zeit der Krise sind Ziele die nicht zu verwirklichen sind. Weil Interessen der Herrschenden in der Krise gefährdet sind, wird die bürgerliche Demokratie sogar zur Disposition gestellt. Beispielsweise wurden in den Defizitstaaten die üblichen demokratischen Spielregeln zur Durchsetzung der massiven Kürzungspolitik weitgehend außer Kraft gesetzt. Regierungen von Defizitstaaten unterschrieben für die Zusage von Hilfszahlungen der anderen Euroländer sogar Memoranden womit der sogenannten „Troika“, die aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds besteht, weitreichende Kontrollrechte eingeräumt wurden. Wie weit hier Werte der Demokratie beeinträchtigt werden steht zur Diskussion* (<http://www.andreas-wehr.eu/von-der-euro-krise-zur-krise-der-demokratie-202.html>, S 2).

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel proklamierte in Anspielung auf die Worte von Willi Brandt „Mehr Demokratie wagen“ in ihrer ersten Regierungserklärung vor etwa nun bereits mehreren Jahren den Satz: „Lassen sie uns mehr Freiheit wagen“. Beide Aussagen richtig verstanden bedeuten aber eigentlich dasselbe. Merkel erklärte damals auch, dass für sie ein Volk mehr als eine Ansammlung von Individuen sei, nämlich eine „Schicksalsgemeinschaft“ (Willy Brandt-Wikipedia; Regierungserklärung: mehr Freiheit wagen/ZEIT ONLINE-Die Zeit).

Unter diesem Motto setzte damals Willy Brandt innenpolitische Reformen durch, die Staat und Gesellschaft weiter liberalisierten und viele Bürger/innen auch ermutigten sollte selbst politisch aktiv zu werden. Das ist auch für eine funktionierende Zivilgesellschaft in der Europäischen Union wesentlich (Willy Brandt-Wikipedia; Bundeskanzler Willy Brandt Stiftung: Willy Brandt).

2. Das Fehlen einer europäischen Zivilgesellschaft

Solche Kontrollrechte bedeuten aber auch eine Einschränkung der Freiheit. Bezogen auf die Hegemonieprojekte ist es zum aktuellen Zeitpunkt auch nicht vorhersehbar, welche Konstellation sich durchsetzen wird, welches Staatsprojekt sich dabei herausbildet und vor allem auch, wie das institutionelle Gefüge des europäischen Staatsapparate-Ensembles verändern wird. Nach Ansicht der Forschungsgruppe lässt sich nicht einmal sagen, ob das europäische Staatsprojekt die Krise überleben wird. In diesem Staatsprojekt ist eine europäische Zivilgesellschaft kaum noch vorhanden (Buckel et al 2012, S 42).

Besonders das Fehlen einer europäischen Zivilgesellschaft macht die EU aber anfällig für wirtschaftliche Krisen. Ein Vergleich der Wachstumsraten mit der

Akzeptanz der EU in der Bevölkerung weist eine deutliche Parallele auf. Sinken die Wachstumsraten in der EU, dann nimmt in der Regel auch ihre Akzeptanz bei der Bevölkerung ab. Das Staatsprojekt Europa ist in seiner inneren Struktur, die zu einer Distanzierung der Bevölkerung von den Entscheidungsträgern führt, grundlegend undemokratisch verfasst (Buckel et al 2012, S 42).

3. Die Demokratie in Zeiten der Eurokrise: Politische Reaktionen von Vertretern der Politik

3.1. Diskussionsveranstaltung im österreichischen Parlament:

Die geänderten Entscheidungsprozesse in der EU vor dem Hintergrund der Finanz- und Schuldenkrise und damit auch die demokratische Frage standen bereits im Jahre 2011 im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung im Österreichischen Parlament auf der Tagesordnung. Anlass war besonders der Umstand, dass die aktuelle Krise eine politische Reaktion notwendig macht, die sich nicht an bewährten Mustern orientieren kann, weil die von den Märkten erzeugte Dynamik zunehmend raschere, bisher auch nicht erprobte Interventionen erfordert. EU-Kommissar a.D. Franz Fischler, Universitätsprofessorin Sonja Puntscher-Riekmann, der Abgeordnete Ewald Stadler und der Abgeordnete zum Europäischen Parlament, Hannes Swoboda, suchten im Rahmen dieser Veranstaltung nach Antworten auf die Fragen: Wer entscheidet tatsächlich? Wie ist es um die Mitwirkung des Parlaments bestellt? Kommt die Demokratie unter die Räder? Sind wir am Weg zur Eurokratur? (Parlamentsskorrespondenz Nr. 1192 vom 05.12. 2011).

3.2. Reden bzw. Aussagen von Abgeordneten zum Thema (Auswahl):

Die Hauptaussage von Franz Fischler lautete: „Die Europäische Kommission muss demokratischer werden. Er gab grundsätzlich zu bedenken, dass Demokratie nicht von einem Tag auf den anderen funktionieren könne, sie lebe von einem Dialog mit der Bevölkerung“. Eine Änderung des EU-Vertrages, die sich ausschließlich auf einen Sanktionsmechanismus für das Schuldenmachen reduziert lehnte er jedenfalls ab (Parlamentsskorrespondenz Nr. 1192 vom 05.12. 2013).

Sonja Puntcher-Rieckmann betonte besonders, dass die EU Solidarität brauche. Der Vertrag von Lissabon habe zwar mehr Demokratie geschaffen, er liefere ihrer Ansicht nach aber zu wenig Handhabe für eine Krise dieses Ausmaßes. Die EU sei eine große Währungsunion und überlasse die Wirtschaftspolitik aber den Mitgliedstaaten, die von gegenseitigem Misstrauen geprägt sind und bei Lösungsmodellen nach intergouvernementalen Mechanismen außerhalb der EU-Verträge greifen. Sie umriss so das Wesentliche der Ausgangslage für die aktuelle Krise und deren möglichen Lösungsversuchen (Parlamentskorrespondenz Nr. 1192 vom 05.12. 2011).

Der Nationalratsabgeordnete Ewald Stadler sah in der EU in erster Linie ein Demokratieproblem und stellte fest, die Union fürchte derzeit nichts stärker als die Bevölkerungen. Er sah im Euro von Anfang an einen Geburtsfehler und trat dafür ein, die

Weiterentwicklung der EU zu „entschleunigen“. Man solle sich mehr Zeit nehmen und die Menschen einbinden, zumal man an einer demokratischen Diskussion nicht vorbeikommen werde (Parlamentskorrespondenz Nr. 1192 vom 05.12. 2011).

Hannes Swoboda, der Abgeordnete zum Europäischen Parlament, betonte besonders, dass eine Euro-Kernunion die EU zerstören würde. Er führte den Übergang der Macht auf die Märkte auch auf die reale Politik zurück, die sich seiner Meinung nach durch ständige Deregulierungen selbst entmachtet habe. Er trat für die Schaffung einer echten Währungsunion ein, erteilte aber jedenfalls dem Konzept einer Euro-Kernzone eine klare Absage (Parlamentskorrespondenz Nr. 1192 vom 05.12. 2011).

Zur demokratischen Frage sei nun abschließend auch festgestellt: In der demokratischen Frage laufen die unterschiedlichen Stränge alternativer Projekte zusammen. Sie muss der Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit der Krise und zugleich der Krisenlösung sein. Der Kampf um Demokratie muss der Ausgangspunkt für eine Transformation sein. Für einen radikalen Transformismus, der darauf abzielt, die bestehenden Kräfteverhältnisse so zu verschieben, dass die Kämpfe um Emanzipation auch weiter vorangetrieben werden können (Buckel et al 2012, S 42).

VII. MASSNAHMEN GEGEN DIE EUROKRISE

1. Die Institutionen „European Financial Stability Facility“ (EFSF) und „European Financial Stabilisation Mechanism“ (EFSM).

Um bestmöglich sicherzustellen, dass den Euro-Mitgliedstaaten nicht das Geld ausgeht, wurde die Institution „European Financial Stability Facility“ (EFSF) gegründet. Im Bereich der öffentlichen Diskussion bzw. in den Medien wurde diese Institution auch als „Rettungsschirm“ bekannt. In Not geratenen Euroländern wird durch den EFSF dadurch geholfen, indem auf dem internationalen Finanzmarkt Kredite bzw. Darlehen aufgenommen werden, die das konkrete Land nicht mehr erhalten würde. Diese werden dann an dieses Land weiterleitet (<http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/47840/einleitung>, S 2).

Alle Eurostaaten stehen hinter dem EFSF* und bürgen mit einer Summe von 440 Milliarden Euro für die Anleihen. Zusätzlich haften noch weitere 250 Milliarden Euro vom Internationalen Währungsfonds. Dazu kommen noch weitere 60 Milliarden Euro, die von der Europäischen Kommission auf dem Kreditmarkt aufgenommen und dem Rettungsschirm bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden können. Das ist der sogenannte „European Financial Stabilisation Mechanism“ (EFSM). Beide Institutionen, der EFSF und der EFSM waren nur vorübergehend etabliert und wurden 2013 durch den „European Stability Mechanism“ (ESM), einer Art Europäischer Währungsfonds, abgelöst (<http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/47840/einleitung>, S 2).

*Noch vor Gründung des EFSF zur Kreditgewährung von Staaten erhielt Griechenland im Jahre 2010 Kredite vom IWF und den Euro-Mitgliedstaaten im Rahmen von zwei Hilfspaketen. Ab 2013 sollte dann auch der dauerhafte Stabilitätsmechanismus ESM funktionieren (<http://lobbypedia.de/wiki/Eurokrise>, S 2 vgl. auch <http://www.taz.de/Glossar-zur-Eurorettung/179059/>).

Der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM, als Teil des „Euro-Rettungsschirms“, ist eine internationale Finanzinstitution die ihren Sitz in Luxemburg hat. Der ESM soll überschuldete Mitgliedstaaten der Eurozone durch Notkredite und durch Bürgschaften unterstützen. Dadurch soll besonders die Zahlungsunfähigkeit dieser Länder verhindert werden (Europäischer Stabilitätsmechanismus-Wikipedia).

Neben EFSF und ESM hat die EU-Kommission auch fünf Verordnungen und eine Richtlinie erlassen, das ist die sogenannte „Six Pack Maßnahme“ zur Erneuerung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Es sind hier schärfere Strafen für Budgetsünder vorgesehen, die auch schneller verhängt werden können* (EU-Infothek vom 29.09.2011).

*Diese Maßnahmen der EU basieren aber nicht auf einem Interessenausgleich zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auf einer marktkonformen Durchsetzung eines radikalen Sparpakets. Zu diesem Zweck wird auch über Rechtsakte verfügt, wie beispielsweise dem Fiskalpakt oder die Six Pack Maßnahme. Auf Ebene der EU wurde ein Exekutivföderalismus errichtet, der strenge Durchgriffsmöglichkeiten auf die nationalen Haushalte schafft (<http://www.freitag.de/autoren/henrihaiti/europaeische-integration-in-der-hegemoniekr...>, S 1).

Zu den hier dargestellten Maßnahmen gegen die Euro-Krise gibt es auch noch sogenannte „Alternativvorschläge“. Beispielsweise ist ein solcher Alternativvorschlag die Einführung eines Süd-Euros. Experten gehen davon aus, dass bei einer bereits bei Einführung des Süd-Euros erfolgten Abwertung (etwa zwischen 30 und 40 %) gegenüber dem verbleibenden Nord – Euro die Wettbewerbsfähigkeit schon ausgeglichen wäre (Flassbeck/Spieker 2010, S 3 ff).

Dass die Euro-Krise nicht nur eine Staatsschuldenkrise ist, sondern eine viel tiefere Krise, die besonders durch Leistungsbilanzungleichgewichte entstanden ist, ist mittlerweile überwiegende Meinung. Außenhandelsdefizite von Staaten stehen mit Außenhandelsüberschüssen von anderen Staaten im Zusammenhang. Südliche Krisenländer Europas haben daher nur dann eine reale Möglichkeit ihr staatliches Budgetdefizit zu senken, wenn sie ihre Leistungsbilanz verbessern. Bei einem unveränderten Leistungsbilanzdefizit bedeutet eine Senkung des staatlichen Budgetdefizits automatisch ein steigendes Finanzierungsdefizit des privaten Sektors. Das sind Unternehmen und Haushalte. In diesem Fall werden öffentliche durch private Defizite ersetzt die langfristig gesehen wieder zu staatlichen Defiziten werden können bzw. werden (<http://lobbypedia.de/wiki/Eurokrise>, S 2).

2. Maßnahmen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten

Die Europäische Union reagiert auf die globale Wirtschaftskrise mit Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen. Das sind:

- eine Haushaltskonsolidierung und eine verstärkte wirtschaftspolitische Steuerung
- eine Reform und Korrektur des Finanzsektors
- der Förderung von Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen
- die wirtschaftliche Lage in den einzelnen Ländern (http://europa.eu/newsroom/highlights/finacial-crisis/index_de.htm, S 1).

Die 2011 beschlossene „Economic Governance“ und der „Fiskalpakt“ lassen auch den Schluss zu, dass der Neoliberalismus trotz Einbußen seiner führenden Position noch immer vorhanden ist. Diese Einbußen erfolgten besonders durch Zwangsmaßnahmen auf nationalstaatlicher Ebene, aber auch auf Ebene der EU. Dadurch soll die europäische Wirtschaftspolitik mit einer europäischen Schuldenbremse, einem Verfahren zur wettbewerblichen Restrukturierung und einem automatischen Austeritätsmechanismus positiv beeinflusst werden. Es ist auch beabsichtigt, die derzeitigen Austeritäts- und Restrukturierungsprogramme der EU-Problemstaaten auf alle Mitgliedstaaten auszudehnen und durch Rechtsgrundlagen dauernd zu sichern. Diese Maßnahmen sollen auch gegen den Widerstand der Bevölkerung durchgesetzt werden können (<http://arranca.org/ausgabe/46/die-neuzusammensetzung-von-zwang-und-konsens-in-d...>, S 3).

VIII. EIN AUSBLICK

1. Die Ansichten von Viviane Reding und Olli Rehn zur Krise

Nach Ansicht von Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, und Olli Rehn, Mitglied der Europäischen Kommission, kann seit Ende des Jahres 2013 festgestellt werden, dass die EU begonnen hat die aktuelle Krise zu überwinden. Für viele EU-Bürger seien die schwierigen Zeiten aber noch nicht vorbei. Viele hielten das Auseinanderbrechen der Eurozone für eine reale

Möglichkeit. Seit 1. Jänner 2014 verwenden aber sogar mehr Länder den Euro. Lettland* ist nun als achtzehntes Land der gemeinsamen Währung beigetreten (Die Presse, Donnerstag 2.Jänner 2014, S 22).

*Lettland kämpfte sich noch vor zwei Jahren aus einer tiefen Rezession heraus. Es wurde unterstützt durch ein EU-IWF-Programm und hat gegenwärtig die am schnellsten wachsende Wirtschaft in der EU (Die Presse, Donnerstag 2.Jänner 2014).

Nach Ansicht der beiden Autoren ist auch Irland nach Jahren der Krise – verursacht durch den katastrophalen Zusammenbruch seiner Banken und seines Immobilienmarkts im Jahre 2008 - durch ein Reformprogramm gestärkt worden. Irland konnte am 15. Dezember 2013 den Euro-Rettungsschirm verlassen. Lettland und Irland würden zeigen, dass Europas Strategie* zur Bekämpfung der Krise wirksam ist (Die Presse, Donnerstag 2.Jänner 2014).

*Das Kernelement dieser Strategie ist, dass es Solidarität nur im Gegenzug für Solidarität gibt. Mitgliedstaaten mit finanziellen Schwierigkeiten wird von anderen Staaten geholfen. Der politische Wille ist die kumulierten Ungleichgewichte mittels Reformen zu beseitigen und die Finanzlage auf eine tragfähige Grundlage zu stellen (Die Presse, Donnerstag 2.Jänner 2014).

Neben diesen beiden Ländern gäbe es auch in anderen Ländern positive Entwicklungen. Beispielsweise werde Spanien ab Jänner 2014 keine finanzielle Unterstützung mehr benötigen. Nach Ansicht der Autoren sind drei Punkte entscheidend um aus der Krise gestärkt hervorzugehen. Erstens müsse Europa seine Strukturreformen fortsetzen, zweitens braucht Europa ein gut funktionierendes Bankensystem um Investitionen zu fördern und den notwendigen Strukturwandel zu finanzieren und drittens seien solide Rahmenregeln für eine europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik notwendig

2. Die unterschiedlichen Wirtschaftsmodelle Europas werden durch eine Einheitswährung nicht harmonisiert

2.1. Studie: Vergleich mit den USA

Neben dieser beispielsweise positiven Perspektive der beiden EU-Kommissionsmitglieder gibt es allerdings auch sehr gegenteilige, die Krise betreffende Studien.

Beispielsweise eine von Ökonomen durchgeführte und am 24.08. 2013 in den Deutschen Wirtschafts-Nachrichten veröffentlichte Studie. Ein Vergleich mit den USA zeigte hier, dass die unterschiedlichen Wirtschaftsmodelle Europas durch eine Einheitswährung nicht harmonisiert werden. Die Geldpolitik der EZB hätte die immense Verschuldung der Euro-Staaten verstärkt. Die Löhne in den einzelnen Ländern könnten gar nicht genug sinken, um die Krisenländer wieder wettbewerbsfähig zu machen. Es sei nun für Reformen zu spät (Deutsche Wirtschafts Nachrichten, 24.08. 2013).

2.2. Förderprogramme zur Forcierung der Wirtschaft:

Im Jahr der Veröffentlichung dieser Studie hat die EU jedenfalls auch Förderprogramme, besonders zur Forcierung der Wirtschaft, beschlossen. Für das Jahr 2014 bzw. grundsätzlich für die Zukunft ist auch „Mehr Erfolg weniger Bürokratie“ ein Schlagwort der Europäischen Union. Im November 2013 hat das Europäische Parlament die Programme „Horizon 2020“ und „COSME“ beschlossen. Diese Förderprogramme sollen es besonders Klein- und Mittelbetrieben bzw. Unternehmen (KMU) ermöglichen mehr in Forschung und Innovation zu investieren* (Horizon 2020; COSME).

*Das Programm „Horizon 2020“ soll mit etwa 70 Milliarden Euro Forschung und Innovation innerhalb der EU fördern. Künftig bekommen Europas Wissenschaftler zwischen 70 und 100 Prozent der direkten Kosten rückerstattet, zudem sollen Förderanträge schneller abgewickelt werden. Neu ist das KMU-Instrument innerhalb der Forschungsförderung das speziell auf die Anforderungen von kleinen und mittleren Unternehmen im Forschungsbereich zugeschnitten ist (Rübig 2013).

*Das Programm „COSME“ soll mit etwa zwei Milliarden Euro die Wettbewerbsfähigkeit von KMU stärken. Neben finanzieller Unterstützung sollen auch politische Maßnahmen wie Bürokratieabbau und leichter Zugang zu Finanzierung vorangetrieben werden. Es soll auch das Programm „Erasmus für Jungunternehmer“ im Rahmen von COSME ausgebaut werden (Rübig 2013).

3. Die Vergabe von Firmenkrediten (Darlehen) durch Banken

Zu diesen dargestellten Förderprogrammen für die Wirtschaft bzw. für Unternehmen ist die ergänzende Feststellung notwendig, dass Banken derzeit so wenig Firmenkredite vergeben wie dies bisher noch nie der Fall war. Was die Konjunktur betrifft sehen manche Experten die Zinssenkung der Europäischen Zentralbank

(EZB) sogar als wirkungslos. Die Europäische Zentralbank hat den Leitzins* auf ein Rekordtief von 0,25 Prozent gesenkt um dadurch auch die Wirtschaft anzukurbeln (Die Presse Samstag, 4.Jänner 2014).

*Durch diese Maßnahme sollen Wachstum, ein Konjunkturaufschwung und mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Beispielsweise sind Darlehen im November 2013 im Vergleich zum Vorjahrsmonat um 3,9 Prozent gesunken. In den südeuropäischen Krisenstaaten ist die Situation besonders dramatisch. Firmenkredite gingen in Spanien um 13, 5 Prozent zurück, in Italien um 5,9 Prozent (Die Presse Samstag, 4. Jänner 2014).

Die nationalen Banken in den diversen Ländern geben aber das günstige EZB-Geld* nicht an die Unternehmen weiter, sondern kaufen vielfach Staatsanleihen. Ein Grund dafür ist, dass Banken im Gegensatz zu Firmenkrediten Eurostaatsanleihen in ihrer Bilanz mit einem Risikogewicht von null Prozent darstellen dürfen. Die Forderung des Internationalen Währungsfonds, Staatshaushalte und Banken zu entflechten, wird dadurch nicht erfüllt, sondern genau der gegenteilige Effekt bewirkt (Die Presse Samstag, 4.Jänner 2014).

*Die EZB hat bereits mehrfach erklärt, dass sie die Kreditvergabe ankurbeln könnte, indem sie von Banken mit solcher Praxis eine Art Strafzins „für das Parken von Geld“ einführen wolle. Die Banken lehnen solche Absichten jedoch grundsätzlich ab (Die Presse Samstag, 4.Jänner 2014).

4. Die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014

Im Jahre 2014 wird besonders der 25.Mai ein entscheidender Tag für Europa werden. An diesem Tag findet auch in Österreich die Wahl zum Europäischen Parlament statt. In der gesamten Europäischen Union sind etwa 360 Millionen Bürger/innen aufgerufen, ihre Volksvertretung zu wählen. Das Europäische Parlament, gestärkt durch den Vertrag von Lissabon 2009, ist die demokratisch legitimierte Kontrollinstanz und zudem mitentscheidend in fast allen Gesetzgebungsbereichen. Besonders beim EU-Budget – mit mehrjährigem Finanzrahmen – spielt das Parlament eine entscheidende Rolle, es handelt hier auf Augenhöhe mit dem Rat* (Vertrag von Lissabon 2009).

*EU-Wahlumfrage Hajek vom 12.12.2013: Als Ergebnis erster Umfragen zur Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 ist ein Trend in Richtung konservative Parteien feststellbar.

Konservative und auch Rechte könnten demnach gegenüber Links-Parteien einen Vorteil haben. Das soll zumindest in Österreich so sein. Die ÖVP habe hier die meisten Wählerstimmen zu erwarten, die FPÖ läge etwa gleich mit der SPÖ. Die Grünen stagnieren eher. Für eine Überraschung könnten hier aber die NEOS sorgen. Das Team Stronach, Hans Peter Martin u.a. werden sehr wahrscheinlich keinerlei Rolle spielen. Zu sehr ähnlichen Ergebnissen kam auch Karmasin mit der Umfrage vom 7.12.2013 (Quelle: Hajek/ATV/FORMAT)

IX. ZUSAMMENFASSUNG, BEMERKUNGEN

Bereits 1922 begannen die ersten Ansätze ein gemeinsames Europa zu schaffen. Aus der Idee von Coudenhove-Kalergi entstand dann sehr viel für dieses gemeinsame Europa bzw. die Europäischen Gemeinschaften bis zur Gründung der Europäischen Union (EU) und deren Erweiterungen. Als Staatenbund bzw. als (teilweise) supranationale Organisation wollte die Europäische Union sich nicht durch Gewalt ausdehnen sondern durch Überzeugung. Die sogenannte Euro-Krise, für deren Ursachen besonders ökonomische Ungleichgewichte im EU-Binnenmarkt gesehen werden, hat die Europäische Union aber vom Vorbild – lange Zeit waren besonders auch die Erweiterungs- und Nachbarschaftspläne Europas ein Vorzeigeprojekt - zum Unterstützungsfall des Weltwährungsfonds gemacht.

Vereinfacht dargestellt ist die Euro – Krise eine durch die Welt – Finanzkrise 2007/2008 verstärkte Haushalts- und Verschuldungskrise mehrerer Mitgliedstaaten der Eurozone. Grundlegende Ursachen liegen auch in „Konstruktionsfehlern“ der Währungsunion selbst. Durch die griechische Finanzkrise im Jahre 2010 wurde sie dann besonders akut. Sie kann als multiple Krise bezeichnet werden, weil zu dem bereits dargestellten auch eine Hegemoniekrise des europäischen Institutionengefüges vorhanden ist. Die fünf grundsätzlich möglichen Hegemonieprojekte in der Krise mit unterschiedlichen politischen Strategien lassen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erkennen, welches Projekt sich letztendlich durchsetzen wird.

Die aktuelle Krise der Europäischen Union stellt sich hegemoniethoretisch gesehen aber jedenfalls als Krise des neoliberalen Projektes dar. Wesentlich ist hier die einseitig ökonomische Integrationsweise der EU. Diese fokussiert auf die ökonomische Vergemeinschaftung über Binnenmarkt, Währungsunion und Austeritätspolitik gemäß den Maastricht Kriterien und auch die periphere Integration Osteuropas.

Die Krise der EU als Hegemoniekrise in Europa und die Bemühungen zur Problemlösung erfüllen jedenfalls auch den Begriff „autoritärer Wettbewerbsetatismus“. Alle Lösungsversuche müssen auch auf eine Stärkung bzw. Wiedererlangung der ursprünglichen neoliberalen Gesellschaftsformation gerichtet sein bzw. diese jedenfalls mitberücksichtigen. Bei Betrachtung der fünf dargestellten Hegemonieprojekte ist es auch erkennbar, dass sich der Kampf um Hegemonie im Unterschied zum klassischen Gramscianismus nicht mehr alleine auf nationaler Ebene abspielt, sondern auf mehreren Ebenen. Das sind vor allem die Europäische Gemeinschaft und die Weltordnung. Von besonderer Bedeutung sind hier die Produktionsmittel bzw. die materiellen Kapazitäten, Ideologien und Theorien bzw. Ideen und Institutionen und Organisationen. Die „Marktdisziplin“ ist hier besonders stark ausgeprägt und führt auch zu massiven Nachteilen für die Natur bzw. unseren Lebensraum. Die Hegemonie des Neoliberalismus beruht in zunehmender Weise nicht mehr nur auf Konsens, sondern auch auf der Ausübung von Zwang. Die Forderung nach Demokratie ist aber im Bereich der Nationalstaaten und auch auf Ebene der Europäischen Union von erheblicher Bedeutung.

Für den Euroraum wird es von besonderer Bedeutung werden die Zahlungsfähigkeit der „Eurostaaten“ zu gewährleisten und das verlorene Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Mit welchen Mitteln diese Ziele zu erreichen sind ist aber relativ unklar. . Beispielsweise sind hier Eurobonds, Europäische Währungsfonds usw. in Diskussion. Für alle Lösungsversuche gibt es Befürworter, aber auch Gegner, sie werden jedenfalls kontrovers diskutiert. Nach Ansicht von Viviane Reding und Olli Rehn kann seit Ende des Jahres 2013 festgestellt werden dass die EU begonnen hat die aktuelle Krise zu überwinden. Das ist aber zumindest sehr differenziert zu betrachten.

Die Auswirkungen der gegenständlichen Eurokrise müssen politikfeldspezifisch fokussiert und beurteilt werden. Die Eurokrise hat bereits politikfeldspezifische Diskurse bewirkt und beispielsweise auch zu Prognosen über eine (mögliche) Abschwächung der Bedeutung der Europäischen Union im weltweiten Mächtenspiel geführt. Ein wesentlicher Bedeutungsverlust der Europäischen Union, als globaler Akteur mit unterschiedlichen Bereichen und Intensitäten der Macht, ist mit dieser Krise aber nicht erfolgt. Für die politischen Akteure bzw. die Entscheidungsträger ist es sehr wesentlich die Ursachen, alle möglichen Zusammenhänge, vor allem auch die kausalen Folgen sehr genau zu untersuchen. Es sollte alles überlegt und getan

werden um in Zukunft solche Krisen zu verhindern oder zumindest abzuschwächen. Europa galt viele Jahre als Erfolgsgeschichte, in diese Richtung sollte gemeinsam gearbeitet werden. Das erfordert neben den Akteuren der Europäischen Union auch eine starke, (politisch) gebildete und interessierte Zivilgesellschaft mit der Einstellung „Wir sind Europäer“.

Mag.Franz Zeilner

(Jänner 2014)

X. VERWENDETE LITERATUR

- Artikel 3 Abs. 4 EUV.
- Artikel 125 AEU-Vertrag.
- Artikel 126 und 140 AEU-Vertrag.
- Artikel 136 ff. AEU-Vertrag
- Artikel 3 des Vertrages über die Europäische Union (EUV); Artikel 3,5,119,144,219 und 282 bis 284 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV).
- Art. 127-144 AEUV.
- Bankenverband (2012). Euro, Banken und Politik im Spiegel der Öffentlichkeit. Berlin, Oktober 2012.
- Buckel Sonja/Cuevas Romero Manuel Jose/Eberhardt Pia/Georgi Fabian/Huke Nikolai/Kannankulam John/Kaspakrek Bern/Krämer Anna/Lüddemann Dana/Oberndorfer Lukas/Pichl Maximilian/Ressel Saida/Tsianos S. Vassilis/Wissel Jens/Wolff Sebastian, Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.), Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Münster 2012.
- Bundeskanzler Willy Brandt Stiftung: Willy Brandt.
- Der Standard vom 16.August 2009. „Die Paneuropäische Union“
- Deutsche Wirtschafts Nachrichten, 24.08. 2013.
- Die Presse Donnerstag, 2.Jänner 2014.
- Die Presse Samstag, 4.Jänner 2014.
- CDU/CSU, Conservative Party, Partido Popular.
- Choplin Gerard/Strickner Alexandra/Trouve Aurelie (Hg.), Ernährungssouveränität. Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik in Europa, Wien 2011.
- Eichengreen B. J. et al, Right-wing political extremism in the Great Depression, El. R. 2012.
- EU-Infothek vom 29.09.2011.
- Eurobarometer 2007/2012.
- Europäischer Binnenmarkt - Wikipedia.
- Flassbeck/Spiecker, Der Staat als Schuldner – Quadratur des Bösen? Wirtschaftsdienst 91. Jahrgang Heft 7, Wien New York 2011.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 21.10.2004.

- Gill Bernhard, paradoxe Natur. Zur Vieldeutigkeit der Unterscheidung von Natur und Gesellschaft, Opladen 1998.
- Gramsci Antonio, Gefängnishefte – Kritische Gesamtausgabe, Hrg. Von Klaus Bochmann & Wolfgang Fritz Haug, Hamburg (GH), 1991.
- Grunert Günter, Politik Unterrichten, 1/2011.
- Gutschner Peter/Rohr Christian (2008). Geschichte.aktuell2 für die BHS, 2.Auflage, Veritas Verlag, Linz.
- Habermas Jürgen, Zur Verfassung Europas, Berlin 2011.
- Hajek/ATV/FORMAT.
- Heinen N. (2012). Mission Vertrauen. Wege aus der Eurokrise. Halle.
- Heinrich Böll Stiftung.
- Horizon 2020/COSME.
- Illing Falk, Die Euro-Krise, Analyse der europäischen Strukturkrise, Springer VS, Wiesbaden 2013 (e-book).
- Infratest-Dimap (2013). ARD-DeutschlandTrend April 2013. Berlin.
- Keller Horst (1999). Werte statt Grenzen. Der Europarat – Wegbereiter und Vor denker. NDV Neue Darmstädter Verlagsanstalt, Rheinbreitbach.
- Keuschnigg Christian/Weyerstraß Klaus/Hofer Helmut/Schwarzbauer Wolfgang//Skriner Edith, Szenarien für die Krise des Euroraums und die Folgen für Österreich, Institut für Höhere Studien/Institut for Advanced Studies, Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich, Vienna 2012.
- Länder, Sprachen, Währungen, in: Internationale Regeln für Veröffentlichungen. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.
- Memorandum of understanding (MoU) bzw. Letter of Intent („Lol“) (Grundsatzvereinbarung).
- Mundell R. (1961). A Theory of Optimum Currency Areas, in: The American Economic Review, 1961.
- Obstfeld Maurice/Rogoff Kenneth (1996). Foundations of international macroeconomics, MIT Press, Cambridge et al. 1996.
- O'Rourke/Taylor (1987), in: American Economic Association, The journal of economic perspectives, Nashville Tenn. 1987.
- Regierungserklärung: Mehr Freiheit wagen/ ZEIT – ONLINE - Die Zeit.
- Republik Österreich Parlament. Parlamentskorrespondenz Nr. 1192 vom 05.12.2011.

- Richter Emmanuel (1993). Die Paneuropa-Idee. Die aristokratische Rettung des Abendlandes, in: Jürgen Nautz (Hrsg.): Die Wiener Jahrhundertwende. Einflüsse, Umwelt, Wirkungen. Böhlau, Wien.
- Rübigen Paul EU Parlamentarier, Straßburg 2013.
- Scharpf Fritz W.(2011). Die Eurokrise: Ursachen und Folgerungen, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 9 (3). The MPIFG Journal Articles series features articles by MPIFG researchers and visiting scholars published in peer-reviewed journals. Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIFG) Cologne/www.mpifg.de.
- Statistik Austria-Maastricht - Indikatoren, letzte Änderung 22.10.2013.
- Weindl Josef/Woyke Wichard (1999). Europäische Union, Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages, 4., aktualisierte und erweiterte Auflage, München 1999.

Internetquellen

- <http://de.wikipedia.org/wiki/Europakrise>, abgerufen am: 29.11.2013.
- <http://wikipedia.org/wiki/neogramscianismus>, 20.12. 2013.
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Postfordismus>, 26.12.2013.
- [http://de.wikipedia.org/Wiki/Eurobond \(Euromarkt-Anleihe\)](http://de.wikipedia.org/Wiki/Eurobond_(Euromarkt-Anleihe)), 26.12.2013.
- <http://de.wikipedia.org/wiki/EU-Konvergenzkriterien>, 26.12.2013.
- <http://arranca.org/ausgabe/46/die-neuzusammensetzung-von-zwang-und-konsens-in-d...>, 26.12.2013.
- http://3071.nibis.de/inhalte/PU/1_2011/Grunert.pdf., 26.12.2013.
- <http://lobbypedia.de/wiki/Eurokrise>, 27.12.2013.
- http://europa.eu/newsroom/highlights/financial-crisis/index_de.htm, 27.12.2013.
- <http://www.freitag.de/autoren/henrihaiti/europaeische-integration-in-der-hegemoniekr...>, 27.12.2013.
- <http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/47840/einleitung>, 27.12.2013.
- <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/08/24/studie-der-zerfall-der-euro-zon...>, 27.12.2013.
- http://de.wikipedia.org/wiki/Stabilitäts_undWachstumspakt, 02.01.2014.

- <http://www.andreas-wehr.eu/von-der-euro-krise-zur-krise-der-demokratie-202.html>, 02.01.2014.
- <http://www.bpb.de/apuz/154378/halbe-hegemonie-das-deutsche-dilemma?p=all>, 03.01.2014.
- <http://www.taz.de/Glossar-zur-Eurorettung/179059>, 03.01.2014.
- Europäischer Binnenmarkt-Wikipedia.
- Europäischer Stabilitätsmechanismus-Wikipedia.
- EU-Konvergenzkriterien-Wikipedia.
- Willy Brandt-Wikipedia.

Mag.Franz Zeilner
(Jänner 2014)